

Von der Regionalmacht zur Großmacht?

Indien und seine Rolle in der Welt

Die Außenpolitik Indiens: Konstanz und Wandel

Von Diethelm Weidemann

Prof. Dr. Diethelm Weidemann war bis zu seiner Emeritierung Direktor des Instituts für Asien- und Afrikawissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Sein Schwerpunkt liegt im Bereich der Internationalen Beziehungen.

Die britische Indienpolitik hatte langfristig wirkende Konsequenzen für das Selbst- und Weltbild der indischen Eliten, aber auch für das Verhältnis Indiens zu seinen Nachbarn. Jahrzehntlang verfolgte Indien, innenpolitisch unumstritten, eine Politik des Nonalignment: der Nicht-Bindung an die großen Blöcke und der Nicht-Verwicklung in die Konflikte dieser Welt, was Parteinahme und Entwicklung einer eigenen schlagkräftigen Militärmacht genausowenig ausschloß wie Konflikte, ja bewaffnete Auseinandersetzungen mit den Nachbarn Pakistan und China. Vor allem der Konflikt mit Pakistan erweist sich als hartnäckig, ist er doch in starkem Maße ideologisch bestimmt. Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes läßt sich eine stärkere Ökonomisierung der indischen Außenpolitik feststellen. Von der Größe seines Territoriums, seinen natürlichen Ressourcen und seinem potentiellen Humankapital her hat Indien das Zeug zur Großmacht, könnte langfristig auch Japan überflügeln.

Red.

Mit der Funktion Indiens im British Empire ...

Die Grundorientierungen der Außenpolitik Indiens sind in direkter Weise mit der modernen Geschichte des Landes verbunden, insbesondere mit seiner kolonialen Vergangenheit. Wesentliche Momente wie die unbedingte Priorität der Souveränität, die Forderung nach internationaler Gleichberechtigung und der Anspruch auf Anerkennung als eine regionale Macht werden erst vor diesem Hintergrund wirklich verständlich.

Indien spielte seit der Übernahme durch die britische Krone (1858) eine außergewöhnliche Rolle im *Empire*:

- Indien war die wirtschaftlich, politisch und strategisch wichtigste Kolonie Großbritanniens.
- Es war das strategische Verbindungsglied zwischen der britischen Kolonialpolitik in Afrika, seinen wirtschaftlichen und strategischen Interessen im Mittelmeer und seinem Expansionskonzept im südostasiatisch-fernöstlichen Raum.
- Indien spielte eine Schlüsselrolle als Basis für die Eindämmung eines weiteren Vordringens des russischen Rivalen nach Süden.

- Der Subkontinent war der Ausgangspunkt für die Vorwärtsstrategie Großbritanniens über die natürlichen Grenzen Südasiens hinaus nach Westen (*Durand-Linie*), nach Norden (*MacMahon-Linie*) und nach Osten (*Eroberung Burmas*) und damit ein wesentliches Element der gesamten außenpolitischen Strategie Großbritanniens vom letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges.

Diese spezifische Stellung Indiens, die sich in euphorischen Metaphern widerspiegelte – Vizekönig Lord Curzon nannte es die Achse des Empire und Paul Scott bezeichnete Indien als *juwel of the crown* – hatte auch Folgen für die politischen Prozesse in Indien.

... mußten sich auch die Politiker der Unabhängigkeit auseinandersetzen

Die Tatsache, daß Großbritannien seine von Indien ausgehende strategische Expansion als „indische Außenpolitik“ firmierte, führte frühzeitig zu Reaktionen der sich formierenden indischen nationalen Bewegung. Bereits kurz nach der Gründung des *Indian National Congress* (1885) kam es zu deutlichen Protesten gegen die britische Politik gegenüber Afghanistan, Tibet und Burma und zu einer Distanzierung von der Vorwärtsstrategie insgesamt. Die Artikulation einer selbständigen *Position der nationalen Kräfte in Indien* zu militärischen und politischen Aktionen, die Großbritannien im Namen Indiens vorantrieb, und fortschreitend auch zu anderen internationalen Problemen, wurde, mit Ausnahme des Jahrzehnts von etwa 1906 bis 1916, zur Konstante im politischen Spektrum Indiens bis 1947.¹ Das Resultat dieses Prozesses war, daß Indien als einziges koloniales Land vor der Erlangung der staatlichen Selbständigkeit eine eigenständige und tragfähige außenpolitische Konzeption besaß, die wesentlich durch den Nationalkongreß geschaffen wurde.² Ihre Grundzüge lassen sich in aller Kürze wie folgt umreißen:

- Indien fordert für sich vollständige Unabhängigkeit und wird eine *antikoloniale Außenpolitik* betreiben (erstmalig auf dem Jahreskongreß in Madras 1927 offiziell formuliert und 1929 in Lahore „endgültig zum Ziel des Nationalkongresses erklärt“ [Nehru], symbolisch wurde am 26. 1. 1930 erstmalig die Nationalflagge gehißt).
- Indien will keine Unabhängigkeit auf Kosten anderer Völker und bekennt sich zu seiner *internationalen Verantwortung*.

- Indien wird sich an *keinem imperialistischen Krieg* beteiligen (Madras 1927).
- Friedliche und *freundschaftliche Beziehungen zu allen Nationen* sind das außenpolitische Grundprinzip des freien Indiens, im Mittelpunkt stehen dabei die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarn und zu den anderen asiatischen Staaten (zu denen explizit auch die UdSSR gerechnet wurde).
- Ein unabhängiges Indien wird sich konsequent gegen jede rassistische, religiöse und nationale *Diskriminierung* wenden.

Ein später bestimmendes Element indischer Außenpolitik, die Blockfreiheit (*Non-Alignment*), taucht in dieser Übersicht nicht auf, da sie bis Ende 1945 keinerlei Rolle in der Diskussion über die künftige Außenpolitik spielte.

Denn die neuen Eliten waren auch Produkt des Systems, das sie bekämpften

Nationale Bewegungen und antikolonialer Nationalismus formieren sich gegen die jeweilige Fremdherrschaft, und zwar in aufsteigender Linie vom ursprünglichen Dissens (Interessendivergenz) bis zum offenen Konflikt (Interessenkollision). Dennoch verinnerlichen sie mehr als ihnen oft bewußt ist: vom Theoriengebäude, von den Denkwegen und der politischen Praxis des Gegners. Ohne dies weiter zu vertiefen soll hier auf das nationale Prinzip oder den Nationalismus selbst verwiesen werden. Das hängt ursächlich damit zusammen, daß sich die oppositionellen Kräfte in einem politischen und geistigen Umfeld entwickeln müssen, das von der Kolonialmacht geschaffen wurde. Die führenden nationalen Kräfte stammten im Regelfall aus sozialen Gruppen, denen der Zugang zu gehobener Bildung möglich war. Sie erwarben ihre Bildung entweder in von der Kolonialmacht geschaffenen modernen Einrichtungen oder im Mutterland selbst, nahmen dabei Philosophien, Gesellschaftskonzeptionen und soziale Verhaltensweisen auf, wurden von den Medien der Metropole beeinflusst. Sie waren also, illusionslos betrachtet, selbst in erheblichem Maße ein Produkt jenes Systems, das sie bekämpften. Dieser Prozeß hatte eine erhebliche Bedeutung für die weitere Entwicklung in Indien:

- Die indischen Nationalisten bekämpften die britische Herrschaft und brachten in diesem Kampf viele Opfer, aber ihre große Mehrheit verinnerlichte faktisch den *britischen Reichsgedanken*. Als die Unabhängigkeit heranrückte, stellte niemand die kolonialen Grenzen Indiens in Frage, obwohl diese erkennbar unter britischem Zwang oder sogar mittels Gewaltanwendung zustande gekommen waren – die *Durand-Linie* und die *MacMahon-Linie* also ungerichte, von den betroffenen Staaten niemals akzeptierte Grenzen waren.
- Auch die Weiterführung der *britischen Protektorsverträge* mit Sikkim und Bhutan und die Grundhaltung gegenüber Nepal gehört in diesen Zusammenhang. Dabei war von Anfang an offensichtlich, daß eine derartige Über-

nahme des britischen Reichsgedankens ein erhebliches Konfliktpotential für das nachkoloniale Indien schaffen mußte und die anvisierten freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten tangierte.

- Die indischen Nationalisten adaptierten die zentrale Stellung Indiens im Britischen Empire und seine exklusive strategische Bedeutung und leiteten daraus eine natürliche *Vormachtstellung* in der Region, und zwar über Südasien hinaus, ab. Das zeigte sich in voller Deutlichkeit am Vorabend der Unabhängigkeit (1945–1947) und besonders bei der Vorbereitung der *Asian Relations Conference* (New Delhi 1947), wo *Nehru* von der besonderen Rolle Indiens, seiner Verantwortung für das Schicksal Asiens, von seiner Funktion als Drehscheibe sprach und *Kavalam Madhava Panikkar*, später hochrangiger Diplomat im unabhängigen Indien, ein Konzept entwickelte, das Indien als Ordnungsmacht im Gesamtbereich des Indischen Ozeans und als asiatischen Sicherheitspartner Großbritanniens offerierte.³
- Die für die britische Politik charakteristische strategische, nicht praktisch politische, *Geringschätzung der kleinen Nachbarn* Indiens wurde in den letzten einhundert Jahren in Teilen der indischen Eliten zu einer Art eingeschliffenem Reflex. Das zeigte sich in der Diskussion um die Abtrennung Burmas von Britisch-Indien (1937) oder in der Tatsache, daß selbst *Nehru* noch 1938 sein Unverständnis erkennen ließ, warum Ceylon nicht Teil eines unabhängigen Indiens werden wolle. Und es ist keineswegs ein Ergebnis der letzten Jahrzehnte, daß wesentliche Teile der Führungseliten Indiens immer als asiatische Großmacht wahrnahmen.

Die britische Herrschaft hat somit erkennbar auch langfristig wirkende Konsequenzen für das Selbstbild und das Weltbild der indischen Nationalbewegung und darüber hinaus für die nachkolonialen Führungseliten gehabt.⁴ Und es ist vor allem das Spannungsverhältnis zwischen einem eindeutig auf internationale Gleichberechtigung, friedliche Koexistenz, freundschaftliche Beziehungen mit allen Staaten ausgerichteten außenpolitischen Programm und den perzeptionellen Langzeitfolgen der Kolonialherrschaft im außenpolitischen Bereich, das, in den einzelnen Perioden der nachkolonialen Entwicklung mit durchaus unterschiedlicher Intensität, Indiens Regionalpolitik und das regionalpolitische Klima in Südasien spürbar beeinflusst haben.

Nicht-Bindung und Nicht-Verwicklung im Zeitalter der Blöcke

Der Grundansatz der Außenpolitik des unabhängigen Indiens ist die Resultante aus dem seit den dreißiger Jahren in fixierter Form vorliegenden außenpolitischen Konzept des Nationalkongresses, weitgehend von *Nehru* formuliert, und den Schlußfolgerungen, die *Nehru* zwischen 1944 und 1946 aus den machtpolitischen Entwicklungen in der Endphase des Zweiten Welt-

krieges und bei der Herausbildung der internationalen Nachkriegsordnung zog. In konzentrierter Form wird dieser Grundansatz in der berühmten Rundfunkansprache *Future Taking Shape*, die *Nehru* am 7. September 1946 als Premier des Übergangskabinetts hielt, deutlich:

1. Indien wird sich von der Machtpolitik und machtpolitischen Gruppierungen fernhalten, da sie zu den beiden Weltkriegen geführt haben. Das war die Deklaration der *Nichtpaktgebundenheit* zum Grundverhaltensprinzip der indischen Außenpolitik.
2. Indien geht davon aus, daß *Frieden und Freiheit unteilbar* sind. Die Verweigerung der Freiheit (hier eindeutig als Recht auf Selbstbestimmung gemeint) führt unvermeidlich zu neuen Konflikten. Daher ist Indien für die Emanzipation aller kolonialen und abhängigen Länder.
3. Indien tritt für eine weltweite, von Ausbeutung freie, die Gleichberechtigung aller Rassen und Nationen in Theorie und Praxis garantierende *Zusammenarbeit* ein.
4. Trotz der kolonialen Vergangenheit wird Indien um freundliche und kooperative *Beziehungen zu Großbritannien* bemüht sein.
5. Die *UdSSR* und die *USA* sind die beiden großen Nationen der modernen Welt, sie tragen daher eine große Verantwortung für Frieden und Freiheit. Indien wird zu beiden Staaten freundliche Beziehungen unterhalten.
6. Indien ist ein *asiatisches Land*, das Verbindungsglied zwischen Westasien, Südasien und Südostasien, und ihm steht niemand näher als die asiatischen Völker. Indien tritt für eine enge Zusammenarbeit aller befreiten Völker Asiens ein, dabei kommt den Beziehungen zwischen *Indien und China* eine besondere Bedeutung zu.⁵

Die wesentlichen Kennzeichen der indischen Außenpolitik waren nach *Panikkar*, daß sie in ihrer Grundauffassung asiatisch ist und von der eigenständigen Bedeutung Asiens in der internationalen Politik ausgeht; daß ihre Grundposition in weltpolitischen Fragen von Antikolonialismus und Kampf gegen Rassendiskriminierung bestimmt ist; und daß ihr erstes und wichtigstes Ziel in Erkenntnis der Folgen eines Nuklearkrieges und angesichts der gewaltigen sozialökonomischen Herausforderungen für Indien die Erhaltung des asiatischen und globalen Friedens sei.⁶

Bereits diese gedrängte Auflistung macht zwei für die indische Außenpolitik bis 1990 charakteristische Züge sichtbar – die zentrale Rolle des *Non-Alignment* als strategische Orientierung (Nichtbindung) und taktisches Handlungsprinzip (Nichtverwicklung in die Konflikte der Großmächte) indischer Außenpolitik sowie die Dominanz weltpolitischer Fragen auf der indischen Prioritätenskala. Die Aufstilisierung der Nichtpaktgebundenheit zu einer außenpolitischen Philosophie, ihre Erhebung zu einer moralisch-ethischen Kategorie und die Verbindung von Nichtpaktgebundenheit und Gewaltlosigkeit sind nicht im ursprünglichen indischen Ansatz vorhanden, waren von *Nehru* nicht

intendiert⁷ und sind spätere, aber realpolitisch irrelevante Umdeutungen. Hinsichtlich der weltpolitischen Fragen wurde neben dem Selbstbestimmungsrecht für alle Völker, der internationalen Gleichberechtigung, dem Antikolonialismus und Antirassismus, der Friedensproblematik, der Abrüstung und dem Recht auf Entwicklung ein besonderer Stellenwert zugemessen.⁸

Über die Jahrzehnte hinweg ein nationaler Konsens in der Außenpolitik

Es war ein wesentlicher Zug indischer Außenpolitik, daß es hinsichtlich ihrer Ziele über Jahrzehnte hinweg einen nationalen Konsensus gab. Diese Ziele waren bis zum Ende der achtziger Jahre

- Anspruch auf das Recht, eine *unabhängige Außenpolitik* zu betreiben, und Ablehnung jeder Politik, die zur Erosion der indischen Souveränität führt;
- *Gleichberechtigung* in der internationalen Politik und Wirtschaft, daher Kampf gegen den Kolonialismus; Ablehnung des Rassismus und jeder Form rassistischer Diskriminierung, Recht Indiens auf eine freie und eigenbestimmte Entwicklung;
- Festhalten am *Nonalignment* und strikter Nichtbeitritt zu Militärpakten, Förderung des Weltfriedens, Eintreten für eine allgemeine internationale Abrüstung;
- Entwicklung *freundschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern*, besonders zu den Nachbarstaaten, auf der Basis der friedlichen Koexistenz und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Regulierung bestehender Interessenkollisionen mit politischen Mitteln.⁹

Unbeschadet der innenpolitischen Entwicklungen und der Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen, trotz unvermeidlicher Gewichtsverlagerungen im Stellenwert der einzelnen Zielstellungen und der unterschiedlichen Interpretation einzelner Elemente ist dieses außenpolitische Programm über Jahrzehnte hinweg die konzeptionelle Grundlage der indischen Außenpolitik geblieben. Dabei ist zugleich in Rechnung zu stellen, daß in der internationalen Politik und in den zwischenstaatlichen Beziehungen grundsätzlich, schon allein aus Gründen der Realisierbarkeit, eine Lücke zwischen Konzeption und außenpolitischer Praxis vorhanden ist. Das trifft auch auf Indien zu und in besonderem Maße für seine Regionalpolitik.

In diesem Beitrag kann nicht der Versuch unternommen werden, fünfzig Jahre Geschichte der Außenpolitik Indiens oder selbst ihre wichtigsten Aktionsfelder und Probleme darstellen zu wollen. Daher werden anschließend nur einige Schlüsselfragen der indischen Außenpolitik kurz skizziert und im letzten Abschnitt ein Überblick über Hauptrichtungen der internationalen Politik Indiens nach dem Ende des bipolaren internationalen Systems gegeben.

Die Hauptrichtungen der indischen Außenpolitik wurden durch das internationale Konzept und den Zielhorizont

der führenden Kraft der antikolonialen Nationalbewegung und späteren Regierungspartei, des *Indian National Congress* (INC), bestimmt. Überschauend und unter Berücksichtigung der Dynamik einzelner Probleme und Prozesse im Verlauf von vier Jahrzehnten lassen sich die Stellung des *Nonalignment*, Indiens Haltung in der Frage der Friedenssicherung und seine regionalpolitischen Zwänge als Kernfelder indischer Außenpolitik ausmachen und in aller Kürze umreißen.

„Nonalignment“ hieß weder Neutralität noch Gewaltfreiheit

Die zentrale Aufgabe der indischen Außenpolitik war die Wahrung der nationalen Interessen Indiens auf der internationalen Ebene, die äußere Absicherung der indischen Souveränität. Das schloß nach Auffassung *Nehrus* und seiner Nachfolger *Lal Bahadur Shastri*, *Indira Gandhi*, *Morarji Desai*, *Rajiv Gandhi* und *P.V. Narasimha Rao* jede Bindung an einzelne Großmächte oder an bestehende Blöcke und andere militärpolitische Zusammenschlüsse strikt aus. Die Wahl des *Nonalignments* zur außenpolitischen Grundverhaltensnorm erfolgte bewußt, weil sie mit ihren *Prinzipien* – Unabhängigkeit und Nichtanlehnung, Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen, Nichtbeteiligung an Blöcken und Militärbündnissen mit Großmächten, Nichtzulassung fremder Militärstützpunkte auf dem eigenen Territorium – nach *Nehrus* Überzeugung am besten den Zielen und Aufgaben der auswärtigen Politik Indiens entsprach. Auch die Politik Indiens gegenüber den Großmächten muß immer im Kontext seines Strebens nach einer unabhängigen, gleichberechtigten Außenpolitik gesehen werden. Indien versuchte, in seinen Beziehungen zu den USA, der UdSSR und Großbritannien diesen eigenen Kurs zu gehen, trotz häufigen Unverständnisses und nicht seltener Attacken von seiten der Partner und auch, wenn dies angesichts der internationalen Machtkonstellationen nicht immer gelang. Die Politik der Nichtbindung wurde trotz zeitweiliger Schwankungen, z. B. in der ersten Phase des Koreakrieges oder während des Himalaya-Krieges mit China, bis zum Ende der bipolaren Weltordnung durchgehalten.

Das indische *Nonalignment* war zu keiner Zeit politische Neutralität, weshalb der periodische Vorwurf der Parteinahme in kritischen internationalen Situationen (Suezkrise, Vietnamkrieg, Nahostkonflikt) völlig an der Sache vorbeigeht, und es wurde auch von indischer Seite niemals als Politik der Gewaltlosigkeit im Sinne *Gandhis* verstanden und praktiziert. Der aktive Charakter der indischen Politik der Nichtpaktgebundenheit wurde bereits in der Indochina-Frage (Genfer Konferenz 1954), der Colombo-Konferenz (1954) und der Bandung-Konferenz (1955) sowie im Widerstand Indiens gegen die sich in Westasien und Südostasien formierenden Militärpakte (Bagdad-Pakt, SEATO) deutlich. Indien wurde so nicht nur zum Beispiel für andere asiatisch-afrikanische

Staaten, zumindest den Versuch einer eigenbestimmten Außenpolitik zu wagen, sondern auch zum eigentlichen Auslöser der Bewegung der Nichtpaktgebundenen (NAM), die sich schließlich 1961 in Belgrad auch institutionalisierte.⁹

Aktives Engagement zur Friedenssicherung bei gleichzeitiger Erhöhung der eigenen Verteidigungsfähigkeit

Indien trat während der gesamten Periode der bipolaren Weltordnung aktiv für eine internationale Entspannung, für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den feindlichen Blöcken und ihren Vormächten USA und UdSSR, für die Erweiterung der bilateralen und multilateralen Kooperation in Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft, und nicht zuletzt für eine allgemeine Abrüstung und ein dauerhaftes internationales Sicherheitssystem ein. *Nehru* gehörte zu den ersten Politikern, die eindringlich vor den Folgen eines möglichen Kernwaffenkrieges für die gesamte menschliche Zivilisation warnten und die vollständige Beseitigung aller Kernwaffen forderten. Dementsprechend bemühte sich Indien jahrzehntlang intensiv um eine vertraglich geregelte Reduzierung der von der nuklearen Hochrüstung der Großmächte ausgehenden Gefahren mit dem Endziel der grundsätzlichen Ächtung atomarer Waffen, seit dem Ende der siebziger Jahre zunehmend in Zusammenarbeit mit anderen nichtpaktgebundenen Staaten (siehe u.a. den Appell vom 2. 5. 1984 und die Sechs-Staaten-Initiative vom 28. 1. 1985). In diesen Zusammenhang gehört aber auch die Nichtunterzeichnung des Kernwaffensperrvertrages (NPT), da er nicht die Produktion von atomaren Massenvernichtungsmitteln, sondern nur deren Weitergabe stoppe, den nuklearen Besitzstand der Großmächte legalisiere und gegenüber dem Rest der Welt ein Instrument machtpolitischer Erpressung sei.

Indiens aktives Engagement in der Friedensfrage bedeutet freilich nicht, daß es keine eigene Sicherheitspolitik betrieb. Aus der Weigerung der Großmächte, einer realen Abrüstung zuzustimmen, zog Indien in den sechziger Jahren den Schluß, seine eigene nationale Verteidigungsfähigkeit erhöhen zu müssen, baute seine Streitkräfte in den folgenden Jahrzehnten personell und waffentechnisch massiv aus und demonstrierte schließlich 1974 mit einer unterirdischen Kernexplosion seine theoretische Kernwaffenfähigkeit. Die indische Regierung lehnte aber die ständigen Forderungen nationalistischer Kräfte aus allen politischen Lagern nach einer Kernwaffenoption strikt ab. Indiens Sicherheitspolitik, die unstreitig auch zu einer Aufrüstung mit erheblichen Kosten geführt hat, kann dennoch nicht als Gegensatz zu seiner Haltung in der Friedensfrage interpretiert werden. Sie war das bedauerliche, aber weitestgehend zwangsläufige Resultat der regionalen Sicherheitslage (pakistanisch-indischer Konflikt seit 1947, indisch-chinesischer Konflikt seit 1959) sowie der internationa-

len Rahmenbedingungen mit der atomaren Hochrüstung der Großmächte.¹⁰

Aus Indiens grundlegendem Interesse am internationalen Frieden und an friedlichen Verhältnissen in seinem regionalen Umfeld resultierte seine *Haltung zu zwischenstaatlichen Konflikten*. Vom Koreakrieg und dem ersten Indochinakrieg über die Suezkrise, die Kongokrise und den Nahostkonflikt bis zu dem Krieg im Libanon, in Kambodscha und Afghanistan war die indische Politik stets auf eine möglichst schnelle Einstellung der bewaffneten Auseinandersetzungen, auf eine politische Bearbeitung der jeweiligen Streitmasse und eine Regelung im Interesse der betroffenen Bevölkerung orientiert. Das stieß nicht immer auf den Beifall einzelner Konfliktseiten und ihrer internationalen Patrone (Kambodscha, Afghanistan). Indien bemühte sich nicht nur im Rahmen der UNO und der NAM um eine gerechte Konfliktregulierung – ein Beispiel ist das langjährige Eintreten für die legitimen Rechte der Palästinenser –, sondern beteiligte sich auch aktiv mit Truppen und zivilem Personal an Friedensmissionen der UNO (Indochina, Kongo).

Indien hat immer gleichberechtigte weltweite *Wirtschaftsbeziehungen* und die Gewährleistung des *Rechts auf Entwicklung* als ein essentielles Element von internationaler Sicherheit und Friedensordnung betrachtet und seit dem ersten Tag der Unabhängigkeit für ihre allgemeine Durchsetzung gekämpft – in der UNO und ihren Spezialorganisationen, in der Gruppe der 77 und in der NAM. Indien hatte einen bemerkenswerten Anteil daran, daß die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Länder der Dritten Welt stärker ins Bewußtsein der internationalen Öffentlichkeit rückten, daß das globale Konfliktpotential von Unterentwicklung zunehmend erkannt wurde und daß es zur ersten Entwicklungsdekade der UNO (UNCTAD) kam – ungeachtet der Tatsache, daß eine wirkliche Veränderung der Lage der Entwicklungsländer nicht erreicht werden konnte.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß 1947 bis 1991 Frieden und internationale Sicherheit in der Außenpolitik Indiens einen weitaus größeren Stellenwert als im außenpolitischen Verhalten der großen Mehrheit der Staaten Asiens und Afrikas besaßen. Zugleich ist festzustellen, daß Indiens Haltung in der Friedensfrage nicht durch konjunkturelle oder taktische Erwägungen determiniert, sondern grundsätzlicher Natur und im Gesamtkonzept indischer Außenpolitik verankert war.

Indiens regionale Vorherrschaft und das Gefühl der Bedrohung bei den Nachbarn

Nach der Erlangung der Unabhängigkeit bemühte sich Indien um konstruktive Beziehungen zu den Nachbarstaaten, stieß dabei jedoch auf erhebliche, bereits in der Kolonialzeit angelegte Probleme wie die Stellung indischer Minderheiten in Burma und Ceylon. Die Entstehung Pakistans als Ergebnis einer erbitterten Auseinandersetzung zwischen zwei großen politischen

Kräftegruppen in Britisch-Indien mit unterschiedlichem religiös-kulturellen Hintergrund und die Fortsetzung dieses Konflikts auf zwischenstaatlicher Ebene (Pakistan als erklärtes Gegenmodell zu Indien und das Konfliktpotential der Teilungsmodalitäten von 1947) mußten zur direkten Konfrontation führen. Indiens Schwierigkeiten mit seinen Nachbarn waren daher in hohem Maße objektiv gesetzt.

Die folgende Herausbildung einer regionalen Konfliktkonstellation war aus geographischen und geopolitischen Gründen historisch unvermeidlich. Der indische Subkontinent hatte sich vollständig unter britischer Herrschaft befunden (die französischen und portugiesischen Enklaven waren für den hier gegebenen Zusammenhang irrelevant). Die Teilung Britisch-Indiens in die selbständigen Dominien Indien und Pakistan veränderte zwar die politische Landkarte Südasiens und die aktuelle strategische Balance auf dem Subkontinent, schuf aber im Hinblick auf die Verteilung der Ressourcen, der Potenzen und des mobilisierungsfähigen Potentials keine neue Lage. Damit war auch nach 1947 durch Größe, Ressourcen und Potential die geographische, materielle, politische Suprematie Indiens ein Faktum. Die damit verbundene relative und absolute Ungleichheit der Gewichte war geeignet, bei allen Nachbarn einen primären Bedrohungscomplex auszulösen, selbst wenn Indien seit 1947 einen Kurs der machtpolitischen Selbstverleugnung betrieben hätte. Die an die Macht gekommene politische Klasse Indiens verstand sich aber selbstbewußt als Rechtsnachfolger des *Empire* in Südasien mit einem legitimen Anspruch auf die Vormachtstellung in der Region – seit den siebziger Jahren ausgedehnt auf die Forderung nach der internationalen Anerkennung Indiens als asiatische Großmacht. Die Bedrohungscomplexe der Nachbarn Indiens, die unmittelbar nach der Erlangung der Unabhängigkeit einsetzenden Auseinandersetzungen um die Bürgerrechte der indischen Minoritäten in Ceylon (Tamilen-Problem) und Burma (Rangun war damals zu zwei Dritteln eine indische Stadt), der pakistanisch-indische Territorialkonflikt (Punjab, Kashmir) und die politisch-ideologische Konfrontation Pakistan–Indien waren die erste Phase der Herausbildung einer regionalen zwischenstaatlichen Konfliktkonstellation. Der anhaltende pakistanisch-indische Konflikt, der bislang zu drei Kriegen geführt hat (1947/48, 1965, 1971), die vom Präsidenten Sri Lankas, *J.R. Jayawardene*, erbetene, doch von der Mehrheit der politischen Kräfte Sri Lankas abgelehnte, Intervention Indiens im sri-lankischen Bürgerkrieg (1987–1989), und nicht zuletzt der Versuch der südasiatischen Staaten, gegen Indien regional zusammenzuarbeiten und Ausschau nach extraregionalen Verbündeten (USA, China, Golfstaaten) zu halten, hat diese zwischenstaatliche Konfliktkonstellation endgültig formiert. Ihre einzelnen Elemente können an dieser Stelle nicht behandelt werden, aber zwei Interessenkollisionen müssen zumindest genannt werden.

Der Konflikt mit Pakistan mit seiner besonderen Schärfe, Lebensdauer und Regelungsresistenz

Ihr Kern ist zweifellos der Konflikt Pakistan–Indien, eines der kompliziertesten bilateralen und regionalen Probleme in Asien überhaupt. Er ist ein sehr vielschichtiges Phänomen und kann unter keinen Umständen auf den Kashmir-Konflikt reduziert werden. Substantiell ist dieser Konflikt eine *machtpolitische* Auseinandersetzung mit einer langen *historischen* Vorgeschichte als sogenannter *Hindu-Moslem-Konflikt*. Es geht um den ungleichen Anteil am territorialen, materiellen, infrastrukturellen und militärischen *Erbe* Britisch-Indiens, um die mentale und politische Bewältigung der Folgen der *Teilung* mit ihren blutigen Massenpogromen (die Zahl der Opfer wird auf 700 000 bis 1 Million geschätzt) und der faktischen Vertreibung von etwa 17 bis 20 Millionen Menschen aus beiden Ländern. Diese Momente führten zu *extremen Feindbildern*, antagonistischen Bedrohungs- und Sicherheitsperzeptionen und einer entsprechenden Sicherheitspolitik, die auch von nachgewachsenen Generationen verinnerlicht und bedauerlicherweise zu einer *Konstante* im Grundverhältnis Pakistan–Indien wurden. Die hochgradige *Ideologisierung* des pakistanisch-indischen Verhältnisses verleiht dem Konflikt weit über seinen materiellen Ursprung und die tatsächliche Streitmasse hinaus eine besondere Schärfe, Lebensdauer und Regelungsresistenz. Sie ist neben den strategischen Ambitionen Pakistans, deren Nichtrealisierbarkeit sich in den letzten fünfzig Jahren nachdrücklich erwies, das entscheidende Hindernis für einen pakistanisch-indischen Ausgleich, für eine Normalisierung der bilateralen Beziehungen. Der *Kashmir-Konflikt* ist nicht mehr als eine Gnade der Geschichte für Pakistan, ein Vehikel zur Durchsetzung viel weitergehender Interessen, wobei es in höchstem Maße bedauerlich ist, daß Indien mit einer völlig verfehlten Kashmirpolitik die Voraussetzungen und Bedingungen dafür geschaffen hat. Daher würde auch eine „Lösung“ des Kashmir-Konflikts, in welcher Form auch immer, das pakistanisch-indische Grundverhältnis nicht qualitativ verändern.¹¹

Der Konflikt mit China: britisches Erbe und Ausdruck machtpolitischer Rivalität

1959 wurde durch den Feuerwechsel zwischen indischen und chinesischen Grenzpatrouillen in Aksai Chin (Ladakh) offenbar, daß Indien und China grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen über den Verlauf ihrer gemeinsamen *Grenze* hatten. Dieser Konflikt eskalierte Ende 1962 zum Himalaya-Krieg, in dem die indischen Streitkräfte im Nordosten eine empfindliche militärische und moralisch traumatische Niederlage erlitten. Für fast zwanzig Jahre beherrschte nationalistische Hysterie die Atmosphäre, bestanden zwischen China und Indien nur noch formelle Bezie-

hungen. Worin bestand die tatsächliche Streitmasse bei diesem Konflikt?

Der historische Ursprung des späteren Grenzkonflikts war die systematische Verschiebung der Grenzen Britisch-Indiens nach Norden, d.h. unter der Losung „Sichere Grenzen“ in das Zentrum der Himalaya-Region. Der juristische Hintergrund ist die Negierung der von China auch über das Gebiet von Tibet beanspruchten Souveränität und die Vereinbarung einer Grenzlinie mit den tibetischen Behörden zwischen 1904 und 1914, die später als *MacMahon-Linie* bekannt wurde. Diese Grenzziehung wurde von keiner chinesischen Regierung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts anerkannt, mit der Begründung, daß Tibet kein unabhängiger Staat sei und daher keine Kompetenz besitze, über Territorium, das der Souveränität Chinas unterstehe, zu verhandeln. Der konkrete Streitgegenstand im indisch-chinesischen Grenzkonflikt ist die Beanspruchung mehrerer Sektoren im Nordwesten (Ladakh) und Nordosten (Arunachal Pradesh) des Territoriums Indiens als chinesisches Hoheitsgebiet und die Nichtanerkennung der Ausübung indischer Souveränitätsrechte in diesem Gebiet. Im einzelnen handelt es sich um den Westsektor in Aksai mit 33 000 qkm, den Zentralsektor im Unionsstaat Himachal Pradesh mit 2000 qkm und den Ostsektor mit 90 000 qkm in Arunachal Pradesh. Historisch gesehen ist der Grenzkonflikt eine territoriale Hinterlassenschaft der britischen Empirepolitik in Süd- und Zentralasien, die ihre Aktualität aus dem Eintritt Indiens in deren „Rechtsnachfolge“ mit dem *Indian Independence Act* von 1947 gewann. Den Briten war die explosive Sachlage sehr wohl bewußt, hatte die *Kuomintang* doch selbst noch 1944 erneut auf die Nichtigkeit der Grenzziehung hingewiesen, worauf die britisch-indische Administration jedoch nicht reagierte, und das unabhängige Indien hat die britische Haltung stillschweigend übernommen – mit allen späteren Folgen. In den folgenden Jahrzehnten erwies sich trotz zahlloser Verhandlungsrunden der Territorialkonflikt als vorläufig unlösbar, da keine Seite unter Verweis auf den „heiligen nationalen Boden“ zu einem Kompromiß bereit war. Erst in den achtziger Jahren deutete sich ein vorsichtiger Pragmatismus und die Bereitschaft zur Normalisierung der Beziehungen in anderen Bereichen an. Ein erster Durchbruch wurde im November 1988 mit dem Besuch *Rajiv Gandhis* in Peking erreicht.¹² Der Grenzkonflikt ist jedoch weit mehr als ein Territorialproblem. Er ist zugleich Ausdruck einer machtpolitischen Rivalität zwischen China und Indien und kollidierender regionalstrategischer Ziele. Bei aller Schärfe und Intensität der ideologischen Auseinandersetzung zwischen beiden Ländern von 1959 bis in die achtziger Jahre war diese offenkundig immer den machtpolitischen Zielsetzungen nachgeordnet. Es handelt sich um ein ernstes regionalpolitisches Problem, hat dieser Konflikt doch die gesamte militärische, politische und ideologische Konstellation in Südasien nachhaltig und langfristig verändert, bei Konfliktsituationen zwischen südasiati-

schen Ländern immer wieder die Gefahr einer möglichen militärischen Intervention Chinas mit sich gebracht (1965, 1971) und die Sicherheitslage in Südasien für etwa fünfundzwanzig Jahre in erheblichem Maße destabilisiert.

Nach dem Ende der Bipolarität Übergang zur Wirtschaftsdiplomatie

Die säkularen Umbrüche im internationalen System, die sich zwischen 1989 und 1991 vollzogen, wurden auch in Indien weder vorausgesehen noch in ihrer ganzen Tragweite begriffen. Wie die meisten asiatischen Staaten reagierte es sehr spät, besaß kein alternatives Konzept für eine grundlegend veränderte globale Machtkonstellation und blieb daher strategisch hinter der internationalen Entwicklung zurück. Erst seit 1993 setzte sich die Erkenntnis durch, daß Indien eine vollständige *außenpolitische Neuorientierung* vornehmen mußte, die eine Überprüfung der bisherigen politikleitenden Doktrinen, eine Neubestimmung des weltpolitischen Standortes Indiens und die Evaluierung des Instrumentariums auswärtiger Politik einschließt. Für die anschließenden Wandlungsprozesse in der indischen Außenpolitik stehen vor allem zwei Namen – der mehrfache Außenminister und spätere Premier *P.V. Narasimha Rao* (Kongreß) und sein Nachfolger aus der *United-Front*-Regierung, *Inder Kumar Gujral*. Die strategischen Hauptfelder indischer Außenpolitik zwischen dem Ende der Bipolarität und dem Beginn des 21. Jahrhunderts können wie folgt skizziert werden.¹³

- Indien reagierte auf die immer stärker werdenden *Globalisierungstendenzen* zunächst zögerlich, dann aber auf relativ breiter Front mit einer sich beschleunigenden *Liberalisierungspolitik*, um Anschluß an die internationalen Prozesse und die technologische Entwicklung zu finden. Dementsprechend erlangten auch in der Außenpolitik *ökonomische* Faktoren und die wirtschaftlichen Interessen Indiens einen neuen Stellenwert, man kann von einem Übergang zur Wirtschaftsdiplomatie sprechen. So wurden die Auslandsvertretungen angewiesen, der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Indiens ihr besonderes Augenmerk zu widmen, und das Personal wurde schrittweise durch entsprechend vorgebildete Kräfte ergänzt. Diesem Kurs liegt die Vorstellung zugrunde, durch eine selbstbestimmte Anpassung möglichst viel Souveränität und nationale Entscheidungsfreiheit gegen den Globalisierungsdruck zu bewahren. Das nächste Jahrzehnt wird zeigen, ob dieses Konzept aufgeht.
- Ein zweiter Schwerpunkt der Außenpolitik ist zweifellos die Mitarbeit in *internationalen Organisationen*, ein traditionelles Betätigungsfeld indischer Diplomatie. Neu ist vor allem das Bestreben, zur Wahrung indischer Interessen in die Entscheidungsgremien aufzusteigen, und in diesem Kontext ist das Hauptziel die Erlangung eines *ständigen Sitzes im UNO-Sicherheitsrat*. Die

Widerstände, mit denen Indien dabei konfrontiert ist, zeigten sich 1995 und 1996 deutlich in den Debatten um die UNO-Reform – Pakistan ist aus erkennbaren Gründen vehement gegen eine Aufnahme Indiens –, vor allem aber bei der Diskussion um die Verlängerung des Kernwaffensperrvertrages (NPT) und die Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens (CTBT). Indien weigerte sich, beide Dokumente zu akzeptieren, da sie keine tatsächliche Abrüstung der Kernwaffenmächte einschließen, den Weg zur Computersimulation von Kernwaffenentwicklung und Nukleartests offen lassen und insgesamt eine Verewigung der machtpolitischen Diskriminierung der Nicht-Kernwaffenmächte seien.¹⁴ Erwartungsgemäß scheiterte der kurz danach unternommene erste Anlauf Indiens, in den Sicherheitsrat zu kommen. Gleichzeitig demonstrierte diese Episode jedoch das enorm gewachsene internationale Selbstbewußtsein Indiens, und die vergleichsweise sehr moderate Reaktion der USA macht deutlich, daß den internationalen Akteuren Gewicht und Potential Indiens sehr wohl bewußt sind.

- Einen sichtbaren Bedeutungsverlust erlitt in der internationalen Politik die *Bewegung der Nichtpaktgebundenen* (NAM). Beobachter aus den USA und Westeuropa sprechen ihr seit 1991 jegliche weitere Bedeutung ab. Auch Indien schätzt die heutigen realen Möglichkeiten der NAM als relativ gering ein und erkennt die fortschreitende Diversifizierung nichtpaktgebundener Politik. Eine Chance zur Konsensbildung wird weitgehend nur noch im Bereich der wirtschaftlichen Interessen des Südens gesehen. Indien betrachtet für sich selbst zielorientierte strategische Partnerschaften nicht als unvereinbar mit dem *Nonalignment*, sondern als unvermeidliche Ablösung des früheren globalen Idealismus *Nehrus* durch ein „aufgeklärtes Eigeninteresse“. Ein künftiges Engagement Indiens als Interessenvertreter der Völker und Staaten der Dritten Welt ist daher im Unterschied zu den zurückliegenden Jahrzehnten kaum noch zu erwarten. Aber Indien wird aus realpolitischem Kalkül auch nicht zum Ende der NAM beitragen und vor allem seine eigene nichtpaktgebundene Politik nicht aufgeben, denn diese ist in einer Reihe wichtiger Aspekte deckungsgleich mit der indischen Staatsräson (internationale Gleichberechtigung, Entwicklungsfreiheit, nationale Sicherheit, territoriale Integrität, nationale Souveränität)

Eine neue Prioritätenliste

- Die Neuorientierung Indiens auf der multilateralen Ebene findet ihre Entsprechung im Bereich der bilateralen Beziehungen, nicht zuletzt in einer veränderten Stellung der Großmächte auf der Prioritätenliste der indischen Außenpolitik. Das seit 1971 bestehende Sonderverhältnis mit der UdSSR endete mit deren Auflösung (1991), aus über-

wiegend sicherheitspolitischen Gründen werden jedoch weiterhin umfangreiche Beziehungen zu *Rußland* gepflegt. Das Verhältnis zu den *USA* konnte merklich entideologisiert werden, und die amerikanische Privatwirtschaft hat ihre Aktivitäten unter den Bedingungen der Liberalisierung erheblich intensiviert. Aber die zentralen Spannungsfelder USA–Indien existieren weiter (Nuklearfrage, Handelspolitik, Menschenrechte, Kashmir), da ihre Ursachen weder der Kalte Krieg noch die Existenz der UdSSR waren, sondern der Zusammenstoß des US-Globalismus und des indischen Nationalismus. Die Beziehungen zu *Großbritannien* haben sich empfindlich abgekühlt, der Staatsbesuch von *Elisabeth II.* zum 50. Jahrestag der indischen Unabhängigkeit wurde durch die Tölpelhaftigkeit der *Labour*-Außenpolitik in der Kashmir-Frage zum politischen Fiasko; während die *indisch-französischen* Beziehungen sich in den letzten Jahren günstig entwickelten. Aber das eigentlich Wesentliche in diesem Politikfeld besteht darin, daß seit dem Ende des Kalten Krieges die ehemals zentrale Stellung der Großmächte in der indischen Außenpolitik und für die internationale Politik Indiens langsam, aber unaufhaltsam zurückgeht.

Der Bedeutungswandel der asiatischen Region für Indien

- Das ist verbunden mit einem Bedeutungswandel asiatischer Regionen aus der Sicht indischer Interessen. Indien versucht, übergreifende Aspekte der nationalen Sicherheit durch eine Erweiterung, Vertiefung und, wenn möglich, Institutionalisierung seiner Beziehungen zu einer Reihe asiatischer Staaten zu fördern und zu gewährleisten. Unter diesem Aspekt müssen die erhebliche Entwicklung der *indisch-iranischen Beziehungen*, indische Avancen gegenüber der ASEAN, aber vor allem die Entspannung im *Verhältnis Indien–China* gesehen werden. Der zeitweilige Zusammenfall internationaler Interessen Indiens und Chinas nach dem Heraufkommen der sogenannten neuen Weltordnung machte es möglich, mit den Abkommen von 1993 und 1996 den gefährlichen jahrzehntelangen Grenzkonflikt für die nächste absehbare Zeit einzufrieren und die bilateralen Beziehungen weitgehend zu normalisieren. Ähnlich bemerkenswert sind die Entwicklungen im *ökonomischen* Bereich. Die expandierende indische Wirtschaft benötigt einen stabilen Zugang zu natürlichen Ressourcen, besonders im Energiesektor, die im regionalen Umfeld reichlich vorhanden sind. Darüber hinaus bieten zahlreiche asiatische Länder nicht nur einen Markt für die Erzeugnisse der indischen Industrie, sondern dort, wo künftig Klein- und Mittelbetriebe eine entscheidende Rolle für die nationale Entwicklung spielen müssen, ist Indien als regionaler Großproduzent entsprechender Ausrüstungen und

Maschinen sowie regionalspezifischen *Know-hows* in einer günstigen Position. Sein wirtschaftliches Engagement in Asien ist daher im letzten Jahrzehnt, nicht selten nahezu unbemerkt, erheblich gestiegen – hier sei erinnert an die zentralasiatischen Republiken, an die Aktivitäten indischen Kapitals in Westasien, an die Wirtschaftsbeziehungen Indien–Iran und die Entwicklung der Beziehung zu einigen südostasiatischen Staaten. Da es hier um essentielle wirtschaftliche Interessen Indiens geht, wird sich dieser Trend einer stärkeren Orientierung auf Asien eher noch verstärken. Dafür spricht auch, daß Indien (wie andere asiatische Staaten) in einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit einen Schutz gegen unerwünschte „Nebenwirkungen“ der Globalisierung sucht.

- Damit ist zugleich die Frage nach der eigenen Region, *Südasiens*, gestellt. Entgegen landläufigen Vorstellungen spielt Südasiens im Gesamtkonzept indischer Außenpolitik keine zentrale Rolle, das ist eine Realität, die durch die politische Landkarte Südasiens determiniert wird. Indien ist die geographisch, demographisch, wirtschaftlich, politisch und militärisch eindeutig dominierende Macht, sein schiereres Gewicht schafft diese Konstellation. Die Chancen für eine politische Partnerschaft sind angesichts der Bedrohungs-komplexe in allen Nachbarstaaten und der ideologisch geprägten Indien-Phobie in Pakistan, Sri Lanka und Bangladesch überaus bescheiden: wirtschaftlich sind diese Länder kein nennens-werter Faktor für die indische Ökonomie, so daß kaum ein wirtschaftlicher Anreiz für engere Beziehungen gegeben ist; strategisch spielen sie mit Ausnahme Pakistans für Indien keine Rolle, und selbst Pakistan ist aus indischer Sicht ohne China eine sekundäre Bedrohung. Durch die *Gujral-Doktrin*, daß Indien als großer Staat seinen kleineren Nachbarn stärker entgegenkommen müsse (*asymmetrische Kompromisse*), konnten in den letzten Jahren einige Fortschritte erzielt werden, aber es muß immer berücksichtigt werden, daß dieser Entspannungsversuch weder von Pakistan angenommen noch in Indien von einer breiten Mehrheit mitgetragen wurde. Indien wird sich daher in Südasiens auf längere Sicht auf die Vermeidung akuter Konfliktsituationen beschränken, der Konflikt Pakistan–Indien wird wegen der Position Islamabads in der Kashmir-Frage ohnehin als vorläufig nicht regelbar betrachtet, und auch keine besonderen Aktivitäten zur Belebung der SAARC unternehmen, wodurch

diese weiterhin als leere Hülle einer in der Realität nicht vorhandenen regionalen Zusammenarbeit dahindümpeln wird.

Indiens internationale Bedeutung wird weiter zunehmen

Indien ist ein großes Land mit einem riesigen Territorium, mit großen materiellen Ressourcen, mit einem enormen Humankapital und mit einer der größten Armeen der Welt. Es hat überdies trotz zahlloser gravierender innerer Probleme und offenen Konflikten eine erstaunliche staatliche Stabilität bewiesen und war mit Ausnahme des Kashmir-Konflikts und des Punjab-Konflikts in der Lage, seine nationalen Probleme auf politischem Wege zu regulieren. Trotz der Bedrohungssyndrome in einigen Nachbarstaaten war Indien international seit 1947 kein Krisenfaktor, keine Bedrohung der internationalen Sicherheit und des Friedens. Die Erhaltung der staatlichen Integrität und eine erfolgreiche Bewältigung der Liberalisierungsstrategie vorausgesetzt, wird Indiens internationale Bedeutung weiter zunehmen. Das gilt erst recht bei einer weiteren *Ökonomisierung der Weltprozesse*, denn dieses Land mit seinen heute bereits etwa 200 Millionen Menschen starken *konsumtiven Mittelschichten* ist perspektivisch ein gewaltiger Markt und ein Wirtschaftsplatz mit profitablen Standortvorteilen. Wie die Entwicklung seit 1947 gezeigt hat, war und ist Indien zweifelsfrei eine Regionalmacht, ein Land mit allen Voraussetzungen, um Japan und China auf dem Weg zur asiatischen Großmacht zu folgen; von der Größe seines Territoriums, seinen natürlichen Ressourcen und seinem potentiellen Humankapital her, ist seine Lage sogar günstiger als die Japans. Aber das Potential Indiens ist sehr ungleich entwickelt und strukturiert, seine materielle Umsetzung in vielen Sektoren noch weit zurück. Es ist daher heute noch nicht abzusehen, wann Indiens Streben nach Anerkennung als asiatische Großmacht seine Realisierung finden wird. Aber die internationale Entwicklung, die großen internationalen Akteure können und werden keinen Bogen um Indien machen und, ohne einen Zeithorizont setzen zu wollen, Indien wird den ihm gebührenden Platz im internationalen System einnehmen. Ob das der Status einer traditionellen Großmacht sein kann, sein wird oder auch sein muß, wird die Zeit entscheiden.

Anmerkungen

¹ Dieser Prozeß kann detailliert verfolgt werden in der vielbändigen Quellenpublikation *The Encyclopaedia of the Indian National Congress*. New Delhi S. Chand & Co. 1976 ff.

² Ausführlich dazu Prasad, B., *The Origins of Indian Foreign Policy*. The Indian National Congress and World Affairs, 1885–1947. Calcutta Bookland 1960.

³ Panikkar, K.M., *The Future of India and South-East Asia*. Bombay Allied Publ. 1945; Ders., *India and the Indian Ocean*. London George Allen & Unwin 1945.

⁴ Zur außenpolitischen Komponente des britischen Erbes siehe Prasad, B., *Our Foreign Policy Legacy. A Study of British Indian Foreign Policy*. New Delhi PPH 1965.

⁵ Wortlaut in: Jawaharlal Nehru Speeches. Vol. 1, September 1946–May 1949. New Delhi Publ. Division 1967, pp. 1–5.

⁶ Panikkar, K. M., *India's Foreign Policy*. New Delhi 1957, p. 6.

⁷ Zur Genesis von Nehrus Konzept siehe Weidemann, D., *Ursprung und Entwicklung der Idee von der Nichtbindung (non-alignment)*. In: *Zeitgeschichte*, Wien, 18 (1990/91) 3–4, S. 80–89.

⁸ Die wesentlichen außenpolitischen Resolutionen des Indian National Congress in der ersten Phase nach der Erlangung der staatlichen Selbstständigkeit sind abgedruckt in *All India Congress Committee. The Background of India's Foreign Policy*. New Delhi 1952.

⁹ Grundsätzliche Einschätzungen der indischen Politik der Nichtpaktgebundenheit siehe bei Bajpai, U.S. (ed.), *Non-Alignment. Perspectives and Prospects*. New Delhi Lancers Publ. 1983; Goyal, D.R., *Non-Alignment. Concept and Concerns*. Delhi Ajanta Publ. 1986; Jaisingh, H., *India and the Non-Aligned World. Search for a New Order*. New Delhi Vikas Publ. House 1983; Khan, R. (ed.), *Perspectives on Non-Alignment*. New Delhi Kalamkar Prakashan 1981; Mallick, D.N., *The Development of Non-Alignment in India's Foreign Policy*. Allahabad Chaitanya Publ. House 1967.

¹⁰ Charakteristische indische Positionen zur Sicherheitspolitik siehe in Haksar, P.N. (ed.), *Nehru's Vision of Peace and Security in the Nuclear Age*. New Delhi Patriot Publ. 1987; Jayaramu, P.S., *India's National Security and Foreign Policy*. New Delhi ABC Publ. House 1987; Pathak, K. K., *Nuclear Policy of India. A Third World Perspective*. New Delhi Gitanjali Prakashan 1980; Poulou, T.T. (ed.), *Perspectives of India's Nuclear Policy*. New Delhi Young Asia Publ. 1978; Subrahmanyam, K. (ed.), *India and the Nuclear Challenge*. New Delhi Lancer International 1987.

¹¹ Die Zahl der Publikation zum pakistansisch-indischen Konflikt insgesamt und zu Kashmir ist Legion, daher wird nur auf einige neuere Titel aus beiden Lagern verwiesen. Kumar, J., *Irritants in Indo-Pak Relations*. New Delhi Deep & Deep 1989; Nanda, R., *Indo-Pak Detente*. New Delhi Lancers 1989; Rashdi, M.A., *Indo-Pak Relations*. Jamshore Univ. of Sind 1988; General Sundarji, K., *Blind Men of Hindoostan. Indo-Pak Nuclear War*. New Delhi UBSPD 1993; Irfani, S., *Fifty Years of the Kashmir Dispute*. Muzaffarabad Univ. of Azad Jammu and Kashmir 1997; *Kashmir Study Group, 1947–1997. The Kashmir Dispute at Fifty. Charting Paths to Peace*. S. 1 1997; Lamb, A., *Kashmir. A Disputed Legacy, 1846–1990*. Hertingfordbury Roxford Books 1991; Lamb, A., *Birth of a Tragedy. Kashmir 1947*. Oxford Univ. Press 1994.

¹² Zur Vorgeschichte des Konflikts, zur Rechtslage und den Beziehungen zwischen beiden Staaten siehe u.a. Jetly, N., *India China Relations 1947–1977*. New Delhi Radiant Publ. 1979; Lt. Gen. Kaul, B.M., *The Untold Story*. Bombay Jaico 1969; Maxwell, N., *India's China War*. Bombay Jaico 1970; Rowland, J., *A History of Sino-Indian Relations: Hostile Co-Existence*. Bombay Allied Publ. 1971; Sen, S.P. (ed.), *The Sino-Indian Border Question. A historical Review*. Calcutta Institute of Historical Studies 1971; Woodman, D., *Himalayan Frontiers*. London Barrie and Rockliff 1969. Die offiziellen Positionen beider Länder liegen gedruckt in Weißbuchserien mit dem Abdruck zahlreicher historischer Dokumente und alter Karten vor.

¹³ Einen Einblick in den Prozeß der Reorientierung der indischen Außenpolitik nach dem Ende des bipolaren internationalen Systems bieten u.a. Babbage, R./Gordon, S. (eds.), *India: Regional State or Global Power*. New Delhi Oxford Univ. Press 1992; Maj. Gen Banerjee, D., *Security in the New World Order. An Indo-French Dialogue*. New Delhi IDSA 1994; Gupta, S., *India Redefines Its Role*. Adelphi Paper No. 293. London 1995; Mehta, B., *India and the Neo-Colonial Order*. New Delhi Anand Publ. 1993; Singh, K.R., *Post-War Gulf: Implications for India*. New Delhi Lancer Books 1993; Waslekar, S. (ed.), *The New World Order*. Delhi Konark 1991.

¹⁴ Zu den wichtigsten indischen Positionen siehe Government of India. Ministry of External Affairs, *Statements by India on Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty (CTBT), 1993–1996*. s.l.s.a.